

**Rede
des stellv. Fraktionsvorsitzenden und kultuspolitischen
Fraktionssprechers**

Stefan Politze, MdL

zu TOP Nr. 2a

Aktuelle Stunde

**Demokratiebildung stärken - Schulen beziehen
Position für Demokratie und Menschenrechte**

Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 18/2312

während der Plenarsitzung vom 10.12.2018
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Politische Bildung und Demokratiebildung sind wichtige Elemente in unserem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat, und diese müssen wir stärken. Deswegen bin ich sehr froh, dass Niedersachsen die Landeszentrale für politische Bildung wiedereingeführt hat und damit ein deutliches Zeichen gesetzt hat.

Ein weiteres deutliches Zeichen werden wir mit diesem Haushalt setzen. Wir werden nämlich die Demokratiebildung finanziell noch weiter ausbauen und deutlich stärken, damit Demokratiebildung an Schulen stattfinden kann. Jede Schülerin und jeder Schüler kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten, und dazu müssen wir sie ermutigen.

Mit dem Projekt „Schule gegen Rassismus - Schule mit Courage“ werden mehr als 2.700 Schulen und 1,2 Millionen Schülerinnen und Schüler in Niedersachsen erreicht werden. Ich finde, das ist ein bemerkenswertes Ergebnis, und darauf können wir stolz sein.

Wir wollen mit der Stärkung der Demokratiebildung und dem Ausbau der Mittel dazu beitragen, dass Kinderrechtsnetzwerke an Schulen in Niedersachsen gestärkt werden können, dass Kinderrechtskonferenzen stattfinden können, dass Kinderrechtsschulen ihre Arbeit machen können. Stärken wir wollen insbesondere auch die Arbeit von Schülervvertretungen - Schülervvertretungen an Grundschulen beispielsweise, die derzeit im Schulgesetz nicht abgebildet sind - und die Fortbildungsmöglichkeiten der Lehrkräfte. Das ist uns eine Aufstockung um 500.000 Euro wert. Ich glaube, das ist der richtige Weg.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

in einem demokratischen Staat ist es wichtig, Schülerinnen und Schüler von Anfang an für Demokratie zu sensibilisieren. Wir leben seit über 70 Jahren in einer Demokratie und in Frieden. Eine Nazidiktatur konnte beendet werden. Deutschland wurde befreit.

Die Nazis hatten sich den Staat zur Beute gemacht. Das darf nie wieder passieren, meine sehr geehrten Damen und Herren. Aber heute gibt es leider wieder solche Tonlagen, die uns aufmerksam aufhorchen lassen sollten. Ich darf nur einmal Herrn Gauland zitieren: „Wir werden uns unser Land und unser Volk zurückholen.“ Das erinnert mich an die plumpe Naziideologie und an Nazisprech, wie wir ihn schon einmal hatten. Ich hoffe, dass wir in Deutschland nicht mehr in diese Richtung gehen werden.

Wenn ich Demonstrationen wie in Chemnitz verfolge, bei denen Plakate mit der Aufschrift „Lügenpresse“ getragen werden und der bildungspolitische Sprecher - das muss man sich einmal überlegen! - dieser AfD-Fraktion, Herr Rykena, in der ersten Reihe hinter den Scharfmachern marschiert, dann macht mich das nachdenklich.

Nachdenklich macht mich auch, dass die AfD in Niedersachsen ein Meldeportal gegen missliebige Lehrer einführen will. Das ist Denunziantentum, das wir aus der Zeit vor über 70 Jahren kennen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das brauchen wir in Deutschland sicherlich nicht.

Wir brauchen kein Meldeportal, sondern kritisch diskutierende Lehrkräfte und kritisch diskutierende Schülerinnen und Schüler. Politiklehrer sind dazu verpflichtet, eine sachliche Auseinandersetzung mit den in Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit vertretenen Positionen im Unterricht zu ermöglichen.

Unsere demokratischen Grundwerte werden von den Lehrerinnen und Lehrern vertreten, und sie weisen auf das Grundgesetz hin. Ich habe überhaupt keinen Zweifel daran, dass die Lehrkräfte in Niedersachsen dieser Aufgabe sehr gut gerecht werden.

Rassismus und Ausgrenzung darf es in einer Demokratie nicht geben. Wenn ich Ihre Anträge hier lese, so strotzen diese genau vor diesen Ideologien. Es ist wichtig für die Demokratiebildung, dass wir dem entgegenreten und dass kritische Schülerinnen und Schüler darüber diskutieren dürfen. Denn Anonymität

schafft keinen Dialog, sondern genau das Gegenteil, und Ihre Meldeplattform sorgt für Anonymität.

Und: Demokratie muss andere Meinungen aushalten.

Im *Rundblick* hat Herr Lilienthal gesagt: „Zur Demokratie gehört auch das Verständnis dafür, dass die eigene Meinung nicht das Ende des politischen Horizonts bedeutet.“ Nur, bei Ihrem politischen Horizont ist leider immer das Ende erreicht, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Genau dieses Ende sollte die AfD insgesamt in den Blick nehmen, wenn sie nun mit ihrer Plattform missliebige Lehrer diskreditieren will.

Wenn man dann die Kampfblätter aus Ihrem Haus, die immer bei mir im Briefkasten landen, erhält - wobei zufälligerweise genau an dem Tag das Schild „Keine Werbung!“ abgerissen ist -, so ist es spannend, dass Sie sich darin mit dem Thema Christentum auseinandersetzen. Jetzt nehme ich einmal die Vorweihnachtszeit und das Christentum: Ihre Krippe wäre leer: keine Araber, keine Dunkelhäutigen und keine jüdischen Babys. Ihre Krippe wäre armselig, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ihre Hetze gegen Menschen mit Migrationshintergrund brauchen wir nicht in diesem Haus.

Ihre Politik ist, wenn ich die Diskussion hier in diesem Haus verfolge, leider keine Alternative für Deutschland, sondern in weiten Teilen eine Schande für Deutschland, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Wir fördern die Demokratiebildung in Niedersachsen, wir statten die Schulen gut aus, und wir wollen kritisch diskutierende Schülerinnen und Schüler, begleitet von den Lehrkräften in Niedersachsen. Damit sind wir auf dem richtigen Weg.